

# Engagementnachrichten 14/ 2021

Hochwasser, Engagement in SPD und Grünen-Wahlprogramm, engagementpolitische Empfehlungen, Reglementierung, Aufholprogramm, Fehlerkultur, Spontanhelfer-Gesang

**„Die Unterstützungsbereitschaft, sie muss anhalten, im Großen wie im Kleinen.“**  
(Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am vergangenen Samstag)

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

immer noch fassungslos angesichts von Tod und Verwüstung, drücken wir die Daumen,

- dass die vielen Helfer:innen die Hochwasserschäden lindern können,
- dass es auch noch viele „Fluthelden“ (BILD) gibt, wenn die Kamerateams längst verschwunden, aber die Wunden in den betroffenen Orten immer noch offen sind,
- dass Freiwilligenagenturen wie etwa in Trier oder Köln das Ihre beitragen können,
- dass die lagfa NRW e.V. in Hagen, von den Fluten ebenso erfasst, bald wieder begehbar ist und neben vielem anderen,
- dass die Finanzpolitik auf allen Ebenen mitdenkt, dass der Beitrag des Engagements zu Klimaschutz und Klimaanpassung ein wichtiger ist und sein wird.

Und wir bleiben bei der Politik. Lobbying wird in Zeiten, da immer mehr Krisen immer mehr öffentliche Gelder verschlingen, notwendig sein. Gut, wer sich dabei auf programmatische Aussagen der Parteien berufen kann. Deshalb setzen wir unseren Streifzug durch Parteiprogramme zur Bundestagswahl fort. Nachdem wir in der letzten Ausgabe das „Regierungsprogramm“ der Union vorstellten, beugen wir uns heute über die Vorhaben der zwei in der momentanen Wählergunst nächstgrößeren Parteien vor, bevor wir in der nächsten Ausgabe die kleine Reihe mit FDP, AfD und Linke schließen.

Alle Programmschreiber:innen stehen vor der Wahl: Machen wir mit Ehrenamt etc. ein eigenes Kapitel (und nehmen es so als eigenständigen Bereich ernst) oder ordnen es eher irgendwo passend unter (und machen es zu einem Teilaspekt verschiedener Politikfelder)?

Die **SPD** hat sich in ihrem „Zukunftsprogramm“ eher für zweite Variante entschieden: Die Hauptaussagen zu Engagement sind im Kapitel „Demokratie stärken“ untergebracht. Nachdem das Bundesprogramm „Demokratie Leben“ aufgerufen wird,

das auszubauen sei, und bevor es um Sport geht, lautet ein etwas verloren wirkender Absatz wie folgt:

- „Millionen Bürger\*innen engagieren sich ehrenamtlich in (Sport-)Vereinen, der freiwilligen Feuerwehr, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Tafeln, Frauennotrufen, Flüchtlingsorganisationen, dem THW und anderen Organisationen. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher weiter unterstützen.“ (S. 47)

Das Gemeinwesen funktioniert dank Engagement: Mehr Relevanzzuschreibung geht nicht. Doch die Frage ist, was es davon hat. Denn viel mehr kommt nicht, Ehrenamt als Begriff taucht insgesamt auch nur vier Mal auf. Immerhin aber gibt es, über das „Jugendfreiwilligenjahr“ hinaus, das zur „Stärkung des freiwilligen Engagements“ dienen soll, einige konkrete Forderungen:

- Arbeitnehmer:innen sollen ihren gesetzlichen Bildungsurlaub nutzen können, „um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen“. (S. 47)
- Arbeitszeiten sollten „besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit haben – etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung“. (S. 29)
- Es brauche ein leistungsfähiges Hilfesystem für Katastrophen. „Ehrenamtliche bilden gerade im ländlichen Raum das Herzstück dieser Strukturen. Wir werden dieses unverzichtbare Engagement weiter unterstützen.“ (S. 51)

Am Ende des SPD-„Zukunftsprogramms“ stehen „Leitgedanken für ein neues Jahrzehnt“. Darin heißt es etwa, man wolle eine inklusive, solidarische Gesellschaft, die „allen Bürger\*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage und begegnet allen Menschen mit dem Respekt, den sie verdienen.“ (S. 65) Dass das Gemeinwesen dank Engagement funktioniert, davon hier kein Wort mehr. Dabei ist es auch eine Sphäre, die etwas generiert, was das Programm sich zu einem Schlüsselbegriff nimmt: Respekt. Aufs Ganze gesehen fragt man sich: Gibt es Respekt wirklich nur durch Sozialstaat und durch Erwerbsarbeit?

Im **Wahlprogramm der Grünen** sticht nicht nur optisch ein besonderes Grün ins Auge, sondern auch: Es dreht sich viel um die Zivilgesellschaft. Sobald Herausforderungen politisch anzugehen sind, soll sie überall mitbeteiligt werden. Sei es beim Aufbau von Medienplattformen, bei Erinnerungspolitik, beim Verfassungsschutz, im Kampf gegen sexualisierte Gewalt, im Zusammenwachsen Europas oder bei „feministischer Außenpolitik“. Und in allen Regionen der Erde sind die dortigen zivilgesellschaftlichen Akteure aus Zivilgesellschaft einzubinden. 56 Mal fällt das Schlüsselwort – mit weitem Abstand so häufig wie bei keiner anderen Partei.

Will man sich so zur politischen Kraft der Zivilgesellschaft machen? (Und das übrigens unbemerkt von Medien: Der „Spiegel“ etwa hat die Programme auf häufige Begriffe analysiert, aber bei den Grünen die mächtige Präsenz der „Zivilgesellschaft“ völlig

übersehen. Ein Beispiel, wie wenig wichtig sogar Leitmedien dieses Thema nehmen.)

Andererseits kommt das Programm der Grünen völlig ohne die Begriffe „bürgerschaftlich“ oder „Bürgergesellschaft“ aus. Wenn das Absicht war, muss man fragen, warum eigentlich? Jedenfalls, um ihr Verständnis von Engagement zu erklären, bedienen sich die Grünen einer gängigen Stütz-Metaphorik:

- „Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die Aufgabe des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken.“ (S. 76)

Hier wird zwar auch zuerst eine Funktion benannt: Gesellschaft stützen. Aber wer will, kann hier die Stärkung des Engagements eher als eigenständige staatliche Aufgabe herauslesen. Laut grünem Programm soll die Umsetzung so aussehen:

- Man will „die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für Engagierte ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen“.
- Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – von der SPD, die sie eingeführt hat, selbst unerwähnt – soll „zu einer echten Förderstiftung“ werden.
- „Jeder Mensch, der das möchte, soll garantiert einen Freiwilligendienst in Deutschland oder Europa machen können.“ (alle S. 76)

Und dann gibt es noch Forderungen zu finanziellen Vergünstigungen und Anreize für Engagement, wie sie alle Parteien mal mehr, mal weniger im Köcher haben, bei den Grünen etwa die Engagementkarte, die den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung von ÖPNV vergünstigen soll. „Die Übungsleiter- und Ehrenamts pauschale wollen wir sukzessive angleichen.“ Auch soll Engagement von Studierenden „durch verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten“ gefördert werden. (S. 76)

Mit der Engagementbrille spannend zu lesen: der Punkt „regionale Daseinsvorsorge stärken“. Als „neue Gemeinschaftsaufgabe“ sei dies im Grundgesetz zu verankern, verbunden mit dem Ziel, „individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich“ zu machen (S. 56). Wenn man im grünen Programm einen Ansatzpunkt für die Finanzierung engagementfördernder Infrastrukturen finden will, dann wohl hier.

Und bevor wir in zwei Wochen vorstellen, was die drei weiteren im Bundestag vertretenen Parteien für das Engagement bewegen wollen (Sie können raten, bei wem der Satz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ fällt), hier noch ein paar Hinweise.



## Aus der Welt des Engagements

### Publikation: Der nächsten Bundesregierung den Weg weisen

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat seine engagementpolitischen Empfehlungen veröffentlicht, die es an die nächste Bundesregierung richtet. Dabei werden weite Bögen geschlagen, von der Demokratiestärkung und der Frage der Infrastrukturen über Zusammenhalt bis hin zur digitalen Transformation und den Handlungsraum Europa. Um nur drei von vielen anderen Aspekten wiederzugeben:

- „Kürzungen und Einsparungen zur Kompensation der Mehrausgaben in der Corona-Pandemie dürfen nicht die Zivilgesellschaft treffen, die sich zur Minderung der Folgen im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich trotz begrenzter Ressourcen einsetzt.“
- „Engagement als professionelle Dienstleistung zu fassen, schadet dem ‚Eigensinn‘ des Engagements und erschwert es. Dem muss in Förderbeziehungen aktiv entgegengewirkt werden.“
- „Engagement- und Bildungspolitik müssen stärker aufeinander bezogen werden.“

*Anfang Juli erschienen, sind die Empfehlungen des BBE hier als Kurz- und Langfassung einsehbar.*

---

## Publikation: Die Einhegung und Reglementierung des Engagements erkennen

Was sich in den letzten 20 Jahren in der Engagementpolitik getan hat, das skizziert ein aktueller Aufsatz von Gisela Jakob, Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt. Ihre Bilanz: „ernüchternd“. So viel sich getan habe mit neuen Instrumenten und Strategien auf allen Ebenen, so wenig sei es gelungen, Engagementförderung in der Bundespolitik zentral zu verankern. Die bedenkliche Tendenz laute stattdessen:

- „Nach einer Phase der Aufwertung (lassen sich) Versuche der Einhegung und Reglementierung von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft sichtbar werden. Instrumente klassischer staatlicher Steuerung und die Abhängigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen von öffentlichen Mitteln erleichtern es, auf Zivilgesellschaft zuzugreifen, sie zu disziplinieren und Engagement als Ausgleich für Versorgungslücken im sozialstaatlichen System zu nutzen.“
- Eine derartige Vereinnahmung und Reglementierung der Zivilgesellschaft untergräbt allerdings Grundlagen der Demokratie, die auf eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Aktivitäten angewiesen ist.“

*Der Beitrag „Engagementpolitik zwischen Randständigkeit und Reglementierung“ findet sich in den „Blättern der Wohlfahrtspflege“ 3/ 2021 und ist leider nur gegen Bezahlung zugänglich [hier](#).*

---

## Förderung: Kinder und Jugendliche aufleben lassen

Dass Kinder und Jugendlichen aufholen müssen, und zwar versäumten Lernstoff, das war der Tenor einiger politischer Akteure, als klar wurde, das Homeschooling kam nicht bei allen so gut an. Zum Glück kehrte Besinnung ein, und die eilends aufgelegten „Aufholprogramme“ sollen jetzt auch das Wohlbefinden junger Menschen fördern. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung hat jetzt die Förderbedingungen für ihr Programm „AUF!leben“ veröffentlicht, das Teil des BMFSFJ-Programms „Aufholen nach Corona“ ist. Um die 80 Millionen Euro sind bis September nächsten Jahres dafür auszugeben. Nicht zuletzt zu beachten:

- Beantragung der Fördermittel in unterschiedlichen Kategorien ab September, Laufzeit bis September nächsten Jahres.
- „Vorhandene Strukturen können, soweit sie den angegebenen Förderkriterien entsprechen und zusätzliche Kinder und Jugendliche erreicht werden, erweitert werden, so beispielsweise in der Kategorie Mentoring durch neue Mentoring-Tandems an einem bestehenden Standort.“ (FAQ)

*Mehr Infos zu „AUF!leben“ [hier](#). Nähere Bedingungen gibt es im Laufe des Augusts.*



## Veranstaltung: Mit Rückschlägen voran kommen dank guter Fehlerkultur

Keine Frage, gute Organisationen zeichnen sich durch eine gute Fehlerkultur aus. Aus Fehlern lernt man doch! Aber diese Kultur auch zu leben, das geht nicht von selbst. Was es dazu braucht, erörtert eine Virtuelle Kaffeepause u.a. mit Katarina Peranic. Die Vorständin der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt hat schon viel Kloppe einstecken müssen – aber auch viel Respekt erhalten für den offenen Umgang mit den Fehlern der neuen Stiftung.

*Die Virtuelle Kaffeepause unter dem Titel „Fehlerkultur – Wie Rückschläge das Team stärken können“, organisiert von Phineos SKala Campus-Programm, findet am 27. Juli von 14:30 bis 15:45 Uhr online statt, Anmeldung [hier](#). Wer schon vorher schon nachlesen will, was etwa Katarina Peranics vier Tipps für Führungskräfte in Sachen gelungener Fehlerkultur sind, findet [hier](#) eine Zusammenfassung.*

### Von uns für Sie

+ Welche Nähe brauchen wir, wie viel Distanz ist nötig? Fragen, die sich nicht nur im fortgeschrittenen Stadium einer Pandemie stellen, sondern auch corona-unabhängig im Engagement und im Alltag von Freiwilligenagenturen. Bei „**BAGFA TO GO**“ am 16. und 17. September in Kassel wollen wir ihnen (im wahrsten Sinne des Wortes) nachgehen. Noch sind Plätze frei. [Mehr Infos hier](#).

+ Was tut sich im Engagement in kirchlichen Gemeinden? Und welche Formen der Zusammenarbeit mit Freiwilligenagenturen könnten sinnvoll sein? Das fragt ein bagfa-Thementag unter dem Titel „**Gemeinsam Engagement fördern**“ am 24. September ebenfalls analog in Kassel. [Mehr Infos hier](#).

### Auch das noch

**Sie stehen im Matsch - aber sie stehen zusammen:** Zugegeben, der Kölschen Sprache nicht eben mächtig, verstehen wir nicht viel von dem, was die Männer hier eindrucksvoll arrangiert und mit wunderbaren Stimmen darbieten. Aber es hört sich rührend an, wie sie als Fluthelfer den Zusammenhalt gerade leben und besingen, und wir haben die Hoffnung, solcher Gesang wird allen auch die nötige Kraft geben. Wenn es eine Hitparade der Spontan-Helfer:innen-Songs geben sollte, wählen wir diese Nummer heute auf Platz 1.

Im Namen des ganzen bagfa-Teams grüßt herzlich  
Bernd Schüler



Impressum

Redaktion Engagementnachrichten:  
Paula Bergmann, Tobias Kemnitzer, Bernd Schüler  
V.i.S.d.P.: Tobias Kemnitzer  
Datenschutz siehe hier

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.  
Potsdamer Straße 99 | 10785 Berlin  
Tel 030-20 45 33 66 | Fax 030-28 09 46 99 | [bagfa@bagfa.de](mailto:bagfa@bagfa.de)

Vereinsregister des Landes Berlin (AG Charlottenburg), VR-Nr.: 19406 B  
Steuernummer beim Finanzamt für Körperschaften Berlin:  
27/657/50058/63

Falls Sie wissen wollen, was Freiwilligenagenturen tun: [Kurzfilm](#)  
Falls Sie Mitglied der bagfa werden wollen: [weitere Infos](#)  
Falls Sie andere auf diesen Newsletter hinweisen wollen: [Archiv und Anmeldung](#)  
Falls Sie keine Engagementnachrichten mehr erhalten möchten: [Abmeldelink](#)